

E-Mail-Newsletter

Nr. 212, 18. Februar 2019

Liebe Mitglieder, Fördermitglieder und Interessierte,

wir hoffen, Sie sind mit viel Freude und Energie ins Jahr 2019 gestartet! Ein Jahr, das wohl wieder so einige Neuerungen mit sich bringen wird. Viele davon werden die Rechte von Geflüchteten voraussichtlich weiter beschneiden statt stärken. So ist derzeit mit dem „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ ein Gesetzesentwurf in der Mache, der eine Ausweitung der Abschiebungshaft, die Einführung einer Duldung zweiter Klasse sowie die Kriminalisierung von Flüchtlingsunterstützer*innen, die Abschiebungstermine veröffentlichen bzw. an Betroffene weitergeben, enthält. Und auch das „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ sowie das „Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung“ enthalten einige Fallstricke für Geflüchtete, die potenziell unter eine der in den Entwürfen enthaltenen Regelungen fallen, u.a. im Hinblick auf Identitätsklärung.

Sehr gefreut haben wir uns dagegen über die Forderung des baden-württembergischen Sozialministers Lucha, im Hinblick auf das anstehende Einwanderungsgesetz Abschiebungen gut integrierter und arbeitender Asylbewerber*innen auszusetzen. Wir hoffen, dass diesen Worten Taten folgen werden und empfehlen Ihnen, sich bei gegenläufigen Handlungen der Verwaltung an die Politik zu wenden.

Der Flüchtlingsrat blickt auf ein ereignisreiches (Jubiläums-)Jahr zurück. Unter anderem haben wir 80 Fortbildungen in allen Teilen Baden-Württemberg durchgeführt und 2000 Anfragen beantwortet. Einen Rückblick auf das letzte Jahr finden Sie in unserer [Jahresbilanz](#). Auch 2019 ist es uns dank der Landesförderung voraussichtlich wieder möglich, die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit zu unterstützen, gerne können Sie sich z.B. mit Fortbildungswünschen an uns wenden. Auch möchten wir Sie auf unsere nächste Tagung mit Mitgliederversammlung am 13. April hinweisen, zu der Sie Anfang März Informationen auf unserer [Homepage](#) finden werden. Wenn Sie noch nicht Mitglied sind, aber gerne mitstimmen möchten, können Sie uns gerne bis einige Tage vor der Veranstaltung das ausgefüllte [Mitgliedsformular](#) zusenden.

Wir wünschen Ihnen einen guten Start in den Frühling und weiterhin alles Gute für Ihr Engagement!

Der Vorstand und die Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats.

[Hinweis: Wenn Sie am Ende der jeweiligen Beiträge auf „Weiterlesen...“ klicken, gelangen Sie zur ausführlichen Darstellung auf unserer Homepage und finden dort auch zahlreiche weitere Dokumente und Medienberichte.](#)

1. FLÜCHTLINGSARBEIT

Informationen, Tipps und Arbeitshilfen zur praktischen Flüchtlingshilfe in BaWü und darüber hinaus.



Solidarity City Freiburg sammelt für Riace

Neue Stiftung soll solidarischer Gemeinde in Italien helfen

„Es war der Wind, der vor 20 Jahren ein Boot mit kurdischen Flüchtlingen an den Strand von Riace trieb. Das war der Anfang unseres Projekts“, so Mimmo Lucano, ehemaliger Bürgermeister von Riace, der süditalienischen Gemeinde, die bei der Aufnahme von Geflüchteten zeigt, wie Europa auch sein könnte: offen, inklusiv, solidarisch. Mit der Gründung der Stiftung „È stato il vento“ (Es war der Wind) soll das Modell Riace auch in Zukunft bestehen und weiter entwickelt werden, obwohl die aktuelle rechte Regierung in Rom der Kommune den Geldhahn zudrehen will.

Die Initiative Solidarity City Freiburg unterstützt die Gründung der partizipativen Stiftung und sammelt Spenden für sie. Weitere Informationen und Spendenkonto unter dem folgenden Link:

[Weitere Informationen](#)

[Unerträgliche Hetze gegen Alassa M. und seine Unterstützer*innen](#)

Pressemitteilung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg vom 8. Januar 2019

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg verurteilt die Hetze gegen den Geflüchteten Alassa M. und seinen Rechtsanwalt Roland Meister und erklärt sich mit ihnen solidarisch.

[Weiterlesen ...](#)

Mannheim soll Stadt der Zuflucht werden

Save me Mannheim ist seit 2010 Teil einer bundesweit aktiven, von PRO ASYL unterstützten Flüchtlingsinitiative. Unter der Bezeichnung „Stadt der Zuflucht“ setzen sich Städte wie Köln,

Bonn, Berlin, aber auch Neapel und Barcelona dafür ein, unabhängig von der Politik nationaler Regierungen Flüchtlinge direkt aufzunehmen. Anlässlich einer Tagung im Oktober 2018 forderte die Initiative gemeinsam mit anderen die Stadt Mannheim auf, sich zur „Stadt der Zuflucht“ zu erklären.

[Aufruf](#)

[Möglichkeit zum Unterzeichnen der Resolution](#)



„Platz für ASYL in EUROPA“

Kampagne des Diakonischen Werks Württemberg zur Europawahl und zum Weltflüchtlingstag 2019

Mit der Kampagne „Platz für ASYL in EUROPA“ zeigt das Diakonische Werk Württemberg: Das Recht auf Asyl hat einen Platz in Europa! Eine Installation mit vielen Stühlen macht deutlich, dass in Deutschland und Europa Platz ist für Menschen, die vor Verfolgung und Elend fliehen. Mindestens 400 dieser „Asylstühle“ sollen auf einer Veranstaltung am 15. Mai zentral in Stuttgart ausgestellt werden. Zum Tag des Flüchtlings am 20. Juni gehen die Stühle dann zurück in die Herkunftsorte und können dort mit einer lokalen Aktion verbunden werden.

[Informationen zur Kampagne „Platz für ASYL in EUROPA“](#)

In aller Kürze:

Flüchtlingsrat gegen neuen Standort für Ankunftszentrum

Interview mit Ulrike Duchrow in der Rhein-Neckar-Zeitung

Das Land Baden-Württemberg beabsichtigt, das Ankunftszentrum vom jetzigen Standort im Patrick-Henry-Village auf das Gelände „Wolfsgärten“ westlich von Heidelberg zu verlegen — einem kleinen Areal zwischen einer Bahnlinie und zwei Autobahnen. Warum der Flüchtlingsrat diesen Standort ungeeignet findet, erklärt Sprecher*innenratsmitglied Ulrike Duchrow aus Heidelberg im Interview mit der Rhein-Neckar-Zeitung. [Rhein-Neckar-Zeitung, 5.1.2019: „Heidelberger Wolfsgärten sind 'ein abschreckender Ort'“](#)

Mittelstandspreis zu sozialer Verantwortung von Unternehmen zu gewinnen

Zum 13. Mal schreiben das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau sowie Diakonie

und Caritas in Baden-Württemberg den LEA-Mittelstandspreis für soziale Verantwortung aus. Gewürdigt wird das freiwillige gesellschaftliche Engagement kleiner und mittlerer Unternehmen, die die Gesellschaft stärken, indem sie vorbildhaft soziale Probleme lösen (bspw. durch die Unterstützung von Flüchtlingen bei der Integration in den Arbeitsmarkt). Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 31. März 2019, der Preis wird am 3. Juli 2019 im Neuen Schloss in Stuttgart verliehen.

[Flyer](#)

Teilnehmer*innen an einer Studie zur Arbeit mit Flüchtlingen gesucht

Im Rahmen eines Forschungsprojektes an der Ernst-Abbe-Hochschule in Jena werden Teilnehmer*innen an einer Studie zum Thema „Sekundäre Traumatisierung in der Arbeit mit Geflüchteten“ gesucht. Gedacht ist vor allem an Psycholog*innen, Sozialarbeit*innen, Dolmetscher*innen und Ehrenamtliche, die Kontakt zu Geflüchteten haben. Das Ausfüllen des [Fragebogens](#) dauert zehn Minuten.

2. FLÜCHTLINGSPOLITIK

Informationen zur Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü, BRD und EU

3018 Abschiebungen aus Baden-Württemberg 2018

Kosovo bleibt auf Platz eins — Gambia und andere afrikanische Ländern zunehmend betroffen

Die Zahl der Abschiebungen aus Baden-Württemberg ist 2018 von 3450 auf 3018 gesunken. Grund dafür sind vor allem die zurückgehenden Rückführungen in die Länder des westlichen Balkans, auch wenn sie mit rund 1200 Menschen zwar einen erheblichen Anteil ausmachen, jedoch mehr als 1000 weniger betrafen als noch 2017. Der Kosovo ist mit 427 Abschiebungen weiterhin das häufigste Zielland.

[Weiterlesen ...](#)

15 Personen nach Gambia abgeschoben

Erneute Sammelabschiebung in das instabile westafrikanische Land

Am 29. Januar fand eine Sammelabschiebung nach Gambia statt. Laut Auskunft des Regierungspräsidiums Karlsruhe wurden dabei 15 Personen abgeschoben, allesamt volljährige Männer. Es waren ursprünglich 20 Personen zur Abschiebung vorgesehen. Drei Personen wurden aus der Abschiebehaft abgeschoben, zwei aus Strafhaftanstalten. Der Flüchtlingsrat hat seine grundsätzliche ablehnende Haltung zu Abschiebungen nach Gambia in seiner [Stellungnahme](#) zur Sammelabschiebung vom 18. Dezember zum Ausdruck gebracht.

Erfahrungsbericht zur Gambia-Abschiebung vom 29. Januar

Der Flüchtlingsrat hat einen Bericht erhalten von einer Person, die zum Zeitpunkt der Sammelabschiebung nach Gambia am 29. Januar zufällig vor Ort war und am Flughafen die Ankunft der Abgeschobenen mitbekommen hat. Die Person ist namentlich bekannt, möchte aber nicht genannt werden. Wir dokumentieren den Bericht mit Erlaubnis dieser Person.

[Weiterlesen ...](#)

Lucha: Abschiebungen gut integrierter und arbeitender Asylbewerber aussetzen!

Baden-Württembergs Integrationsminister Manne Lucha fordert, Abschiebungen gut integrierter und arbeitender Asylbewerber*innen auszusetzen. Man solle keine Tatsachen schaffen, bevor das Einwanderungsgesetz nicht verabschiedet sei, sondern jenen Geflüchteten, die hier bestens integriert sind, Perspektiven bieten. Das sei man auch den Unternehmern schuldig, die diese Menschen ausgebildet haben und auf deren Arbeitskraft nicht mehr verzichten möchten. Lucha bezog sich auf die Ankündigungen, die Zahl der Abschiebungen nach Gambia zu erhöhen.

[Pressemitteilung](#)

Referent*innenentwurf: „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“

Anfang Februar wurde ein Referent*innenentwurf zum sogenannten „Geordnete-Rückkehr-Gesetzes“ vom Bundesinnenministerium (BMI) bekannt gegeben. Der Entwurf sieht unter anderem Ausweitungen bei der Abschiebehaft und Einreisesperren vor. Des Weiteren soll eine stark abgeschwächte Form der Duldung eingeführt werden. Rechtsstaatliche Grundsätze werden im Entwurf ignoriert.

[Weiterlesen ...](#)

Afghanistan ist nicht sicher: Eine interaktive Karte

PRO ASYL dokumentiert Anschläge und Kampfhandlungen

In Afghanistan vergeht kaum ein Tag ohne Kampfhandlungen oder Anschläge, aber auch keine Woche, wo nicht der Drohnenkrieg oder brutales Vorgehen auch der afghanischen Armee Opfer unter der Zivilbevölkerung fordern. PRO ASYL hat eine Übersichtskarte zusammengestellt, die verdeutlicht, dass mit wenigen Ausnahmen alle Landesteile Schauplätze solcher Ereignisse mit Toten und Verletzten sind.

PRO ASYL: [Interaktive Karte: „Afghanistan ist nicht sicher“](#)

In aller Kürze:

Flucht über das Mittelmeer immer gefährlicher

Sechs Tote pro Tag bzw. beinahe eine Verdreifachung der Todesrate auf dem Mittelmeer von 2017 auf 2018 — das sind die traurigen Zahlen, die jetzt das Flüchtlingshilfswerk UNHCR mitteilte. Während im Seegebiet zwischen Libyen, Malta und Italien 2017 ein Flüchtling auf je 38 Ankommenden auf See ums Leben kam, war es im vergangenen Jahr ein Toter auf alle 14 Ankömmlinge. Die UNHCR macht dafür die restriktive Flüchtlingspolitik der EU mitverantwortlich.

MIGAZIN, 31.01.2019, [„Sechs Tote jeden Tag – UN legt erschütternde Bilanz für 2018 vor“](#)

Integration von Geflüchteten kommt voran

Flüchtlinge in Deutschland integrieren sich immer besser. Das geht aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hervor. Während 2017 21 Prozent der Flüchtlinge erwerbstätig waren, ist dieser Anteil im letzten Jahr auf 35 Prozent gestiegen. Nach Angaben der Forscher finden 29 Prozent derjenigen, die Sprachkurse besucht haben, eine Arbeit; aber nur elf Prozent derer, die kein Deutsch gelernt haben. Frauen schneiden insgesamt schlechter als Männer ab. Risiken werden in der psychischen Gesundheit der Flüchtlinge gesehen.

MIGAZIN, 28.01.2019, [„Integration von Geflüchteten kommt voran“](#)

3. Aus der Rechtsprechung

Hohe Erfolgsquote bei Klagen gegen Ablehnungen

Statistik zur Entscheidungen von Verwaltungsgerichten

Die ergänzende Asylstatistik für das dritte Quartal 2018 zeigt, dass rund ein Drittel der inhaltlich entschiedenen Klagen in Asylsachen zugunsten der Geflüchteten entschieden wurden. Eine weitere interessante Information ist, dass es in den ersten drei Quartalen 2018 insgesamt neun rechtswidrige Abschiebungen gab. Die Süddeutsche Zeitung hat die wichtigsten Informationen zusammengefasst. Süddeutsche Zeitung, 10.01.2019: [„So viele Bamf-Entscheidungen korrigieren die Gerichte“](#)
Bundestags-Drucksache 19/6786: [„Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das dritte Quartal des Jahres 2018“](#)

4. Neue Publikationen & Materialien



Broschüre vom Informationsverbund Asyl & Migration zum Asylfolgeantrag

Die Broschüre des Informationsverbunds Asyl & Migration erläutert die Voraussetzungen, unter denen nach Abschluss eines Asylverfahrens ein neuer Asylantrag gestellt werden kann. Sie gibt Hilfestellung für die Beratungspraxis, wenn es um die Frage geht, unter welchen Umständen ein Asylfolgeantrag möglich und sinnvoll ist. Daneben wird der Ablauf des Folgeverfahrens behandelt. Informationsverbund Asyl & Migration, Oktober 2018: [„Der Asylfolgeantrag“](#)

Informationsblätter zur Rücküberstellung im Rahmen der Dublin III-Verordnung

Das Raphaelswerk hat [Informationsblätter zur Rücküberstellung im Rahmen der Dublin-III-Verordnung](#) (Italien, Frankreich, Spanien, Griechenland und Polen) veröffentlicht

Arbeitshilfe: Aufenthaltssicherung für weitergewanderte Flüchtlinge

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat eine Arbeitshilfe zu verschiedenen aufenthaltsrechtlichen Fragen weitergewandelter Menschen veröffentlicht. Dabei geht es nicht nur um Menschen, die in einem anderen europäischen Mitgliedstaat einen Asylantrag gestellt haben oder nach der Dublin-III-Verordnung hätten stellen müssen, sondern auch um solche, die in einem anderen Mitgliedstaat bereits als international Schutzsuchende anerkannt sind oder aus anderen Gründen einen nationalen Aufenthaltstitel erlangt haben und nun ihren Lebensmittelpunkt nach Deutschland verlegen wollen. Paritätischer Wohlfahrtsverband, Dezember 2018: [„Aufenthaltssicherung für weitergewanderte Flüchtlinge“](#)

Arbeitshilfe zum Thema „Geburt von Kinder von Flüchtlingen/Drittstaatsangehörigen im Bundesgebiet“

Die [Arbeitshilfe](#) des Niedersächsischen Flüchtlingsrats enthält eine Übersicht über relevante Fragen, insbesondere zur Besorgung einer Geburtsurkunde und zum Staatsangehörigkeitsrecht sowie eine schematische Darstellung asyl- und aufenthaltsrechtlicher Aspekte.

Mehrsprachige Videos der AWO zum Thema „Mein Recht auf...“

Es ist wichtig, die eigenen Rechte zu kennen. Das gilt insbesondere für Geflüchtete, die oft ohne oder nur mit geringen Sprachkenntnissen nach Deutschland kommen. Daher stellt die AWO Erklärvideos in neun verschiedenen Sprachen auf ihrer Webseite zur Verfügung (ar/dari/de/en/fr/ru/sq/sh/ti). In diesen wird knapp und übersichtlich dargestellt, welche Rechte Personen haben, die neu nach Deutschland kommen.

AWO: [Einfach mein Recht](#)

Erklärfilm zur dualen Berufsausbildung

Das Netzwerk „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“ hat einen Erklärfilm erstellt, der das duale Ausbildungssystem und eine Auswahl der über 330 verschiedenen Ausbildungsberufe kurz und knapp vorstellt. Neben einer deutschen Fassung gibt es den Film auch mit Untertiteln in Englisch, Arabisch, Farsi und Tigrinya.

Netzwerk „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“: [Erklärfilm zur dualen Berufsausbildung](#)



Diskriminierungsschutz für Geflüchtete

Handreichung des Paritätischen Landesverbands NRW

Die Handreichung soll Beratungsstellen und Sozialarbeiter*innen dabei helfen, auf Diskriminierungen von Geflüchteten bzw. Zugewanderten rechtssicher reagieren zu können. Eingegangen wird im Speziellen auf Diskriminierung am Arbeitsmarkt, am Wohnungsmarkt, in Behördenkontexten und im öffentlichen Raum, bei Waren- und Dienstleistungen, im Bereich Bildung und in der Aufnahme von Geflüchteten.

Paritätischer Landesverband NRW, Januar 2019:

[„Diskriminierungsschutz für Geflüchtete — Praxisnahe juristische Interventionen zum menschenrechtlichen Diskriminierungsschutz für Geflüchtete“](#)

5. Veranstaltungshinweise

20.02.2019

Infoabend „Familiennachzug“ in Stuttgart

Mittwoch, 20. Februar 2019, 17:30 Uhr, Evangelische Gesellschaft, Erdgeschoss, Schlosstr. 76, 70176 Stuttgart

Familienzusammenführung ist weiterhin ein schwieriges, oft schmerzliches Thema, das Geflüchtete, Ehrenamtliche und Hauptamtliche vor langwierige und belastende Geduldsproben stellt. Wir wollen an diesem Abend die wichtigsten Grundlagen sowie aktuelle Änderungen und Entwicklungen thematisieren. Dazu gehören insbesondere der seit 1. August 2018 nach Ermessen gewährte Nachzug von Familienangehörigen zu subsidiär Schutzberechtigten und das EUGH-Urteil vom April 2018 bzgl. des Rechts auf Familiennachzug von Geflüchteten, die als Minderjährige ihren Asylantrag gestellt und erst nach Eintreten der Volljährigkeit ihre Anerkennung als Flüchtling erhalten haben. Natürlich soll auch Raum für Fragen und Erfahrungsaustausch sein.

Referentin: Melanie Skiba, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e. V.

Veranstalter: Arrival Aid Stuttgart in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat BW im Rahmen des Projekts „Aktiv für Flüchtlinge“. Gefördert durch das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration.

Anmeldung: Per E-Mail an martin.rubin@arrivalaid.org.

20.02.2019

Infoabend „Was gibt's Neues im Asylrecht?“ in Schömberg

Mittwoch, 20. Februar 2019, 19:00-21:30, Begegnungsstätte, Schillerstraße 5, Ecke Poststraße (Eingang), 75328 Schömberg

Auch im Jahr 2019 wird es in der Flüchtlingsarbeit nicht langweilig werden. So plant das Bundesamt den Versand hunderttausender Briefe an Personen mit einem Schutzstatus. Hintergrund ist ein aktuelles Gesetz, das neue Mitwirkungspflichten im Rahmen des Widerrufsverfahrens vorsieht. Gleichzeitig stellt sich für viele Menschen inzwischen die Frage nach einer Aufenthaltsverfestigung, deren Voraussetzungen im Laufe der Veranstaltung vorgestellt werden. Auch über andere aktuelle Entwicklungen, etwa bei der Ausbildungsduldung oder beim Familiennachzug, wird informiert.

Referent: Sebastian Röder (Flüchtlingsrat Baden-Württemberg)

Veranstalter: AK Asyl Schömberg in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg im Rahmen des Projekts „Aktiv für Flüchtlinge“, gefördert durch das Land Baden-Württemberg, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration.

Anmeldung: Bis spätestens 15. Februar 2019 bei Gabriele Freimüller per E-Mail (gfreimueller@t-online.de), Fax (07084-931984) oder Telefon (07084-7774).

23.02.2019

Chöre-Konzert — Neues Land in Sicht

Samstag, 23. Februar 2019, 20 Uhr, Theaterhaus Stuttgart, Siemensstraße 11, 70469 Stuttgart

Zu einem Gemeinschaftskonzert unter dem Motto „Neues Land in Sicht“ lädt das Chornetzwerk in Kooperation mit den Anstiftern ein. Es gelte, mal kritisch, mal heiter und beschwingt, Neuland zu betreten und alte Denkweisen und den bisherigen Umgang mit der Welt hinter sich zu lassen. Beteiligt sind der Freie Chor Stuttgart, der Ernst Bloch-Chor Tübingen, die Zwischentöne Reutlingen, der Kontrapunkt Ulm sowie der Susi Chor Freiburg.

[Flyer](#)

27.02.2019

Denkwerkstatt „Gemeinsam leben — aber wie?“

Mittwoch, 27. Februar 2019, 17:00-20:00 Uhr, Kultur- und Vereinszentrum Gundelfingen (KuV), 79194 Gundelfingen, Vörstetter Straße 7

Zu einer „etwas anderen Auseinandersetzung mit interkulturellen Kompetenz“ lädt der Caritasverband für den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald e.V. in Kooperation mit dem Flüchtlingshelferkreis Gundelfingen ein. Mit viel Humor und wahren Geschichten ganz in orientalischer Tradition, „vom Hundertsten ins Tausendste“, beschreibt die Autorin Mehrnousch Zaeri-Esfahani ihre Sicht auf unterschiedliche Kulturen und vielfältige Lebensweisen. Die Teilnahme an der Denkwerkstatt ist kostenlos möglich, vorherige Anmeldung erforderlich. Alles weitere [hier](#).

11.03.2019

Tagesseminar: Flucht vor dem Klima

Montag, 11. März 2019, 10:00-21:00 Uhr, im Haus auf der Alb, Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach

Jedes Jahr werden weltweit mehr als 25 Millionen Menschen aufgrund der Veränderungen des Klimas und der Umweltbedingungen zur Flucht gezwungen. Welche Auswirkungen hat die globale Erderwärmung auf Fischer im Mekong-Delta oder auf Olivenbauern in Griechenland? Wie reagiert die Politik — national und international? Renommierete Expert*innen informieren zu dieser weltpolitischen Herausforderung des 21. Jahrhunderts und regen zur Diskussion an. In das Tagesseminar wird auch eine Ausstellung der Deutschen KlimaStiftung integriert.

[Programm und Informationen zur Anmeldung](#)

08.04.2019

Fortbildung: Aufenthaltsverfestigung und Widerruf

Montag, 8. April 2019, 20:00-21:30 Uhr, Gemeindehaus St. Michael, Hechinger Str. 45, 72072 Tübingen

Wie geht es weiter nach der Anerkennung im Asylverfahren? Welche Möglichkeiten gibt es, ein unbefristeten Aufenthaltstitel zu erhalten? Was passiert, wenn sich die Situation im Heimatland verbessert? Wie ist die Situation in Bezug auf Aufenthaltsverfestigung für Personen mit Aufenthaltserlaubnissen zu anderen humanitären Zwecken (Härtefallantrag, § 25a AufenthG, § 25b AufenthG...) oder mit Ausbildungsduldung? Eingeladen sind Geflüchtete und Ehrenamtliche sowie weitere Interessierte. Der Vortrag ist in deutscher Sprache. Es wird darum gebeten, eventuell benötigte Dolmetscher*innen selbst mitzubringen. Die Teilnahme ist kostenlos.

Referent: Seán McGinley (Flüchtlingsrat Baden-Württemberg)

Veranstalter: AK Asyl Südstadt in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg im Rahmen des Projekts „Aktiv für Flüchtlinge“, gefördert durch das Land Baden-Württemberg, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration.

Anmeldung: Bitte per Mail an: info@akasylsued.de

[Veranstaltungsflyer](#)

IN EIGENER SACHE:

Länderbericht zu Mazedonien aktualisiert

Überarbeitete Version mit neuen Informationen

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg hat seinen Länderbericht zu Mazedonien aktualisiert und erweitert. Die neue Version enthält neben Hintergründen zu den politischen Entwicklungen des letzten halben Jahres auch Erkenntnisse aus neuen Quellen zur Situation von Rom*nija, Menschen mit Behinderung und Frauenrechten, die in der Zeit seit dem Erscheinen des ersten Berichts im vergangenen Sommer erschienen sind. Der Bericht kann als gedruckte Broschüre über den [Online-Shop](#) des Flüchtlingsrats bezogen werden.

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg: [Länderbericht Mazedonien \(Stand: Februar 2019\)](#)

„Refugees (still) in orbit?!“ — Tagung und Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

Samstag, 13. April 2019, Bürgerräume West, Bebelstraße 22, 70193 Stuttgart

Am 13. April findet unsere nächste Tagung inkl. Mitgliederversammlung statt. Es erwartet Sie ein Hauptvortrag zur Situation in den griechischen Flüchtlingslagern sowie Arbeitsgruppen zu den Themen aktuelle Gesetzesänderungen, Eritrea, Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen sowie Widerrufsverfahren. Am Nachmittag findet dann unsere Mitgliederversammlung statt, auf der u.a. die strategische Ausrichtung des Flüchtlingsrats in diesem Jahr besprochen wird und die Wahlen des Sprecherrats stattfinden. Personen, die sich für eine

ehrenamtliche Tätigkeit im Sprecherrat interessieren, können sich noch bis Ende Februar bei uns melden, insbesondere Kandidaturen aus dem südbadischen Raum sind sehr willkommen. Das Programm der Tagung wird Anfang März auf unserer Homepage veröffentlicht.

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. , GLS Bank, BLZ 430 609 67, Kto. Nr. 70 07 11 89 01, IBAN: DE66 4306 0967 7007 1189 01, BIQ: GENODEM1GLS

Autor*innen der Beiträge: Seán McGinley, Melanie Skiba, Sebastian Röder, Laura Gudd, Volker Löffler, Stella Hofmann, Ernst-Ulrich Henning, Shah Waez

Redaktion: Seán McGinley, Melanie Skiba, Ulrike Duchrow, Bärbel Mauch

Der Newsletter erscheint im zweimonatigen Turnus.

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter www.fluechtlingsrat-bw.de/e-mail-news.html

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Der Newsletter wird im Rahmen des Projekts „Aktiv für Flüchtlinge“ gefördert durch das Land Baden-Württemberg, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Der Flüchtlingsrat BW wird außerdem unterstützt durch PRO ASYL, das Diakonische Werk Württemberg, die Evangelische Kirche Baden, die UNO-Flüchtlingshilfe, die Diözese Rottenburg-Stuttgart und die Deutsche Postcode Lotterie.